



KOLUMNE der DFG

03. Juni 2022

Deutschland und Frankreich: von der Erbfeindschaft zur Freundschaft

Die aktuellen deutsch-französischen Beziehungen gehen auf den Versöhnungsprozess zurück, den beide Seiten nach dem 2. Weltkrieg auf den Weg gebracht haben und der einen ersten Höhepunkt im Elysée-Vertrag von 1963 hatte. Davor gab es Perioden einer mehr oder weniger offenen Feindseligkeit, aber auch massiver Feindschaft, ja einer angeblich unüberwindlichen Erbfeindschaft zwischen den Deutschen und den Franzosen. Napoleon machte zahlreiche deutsche Fürstentümer im beginnenden 19. Jahrhundert abhängig, in vielen Fällen gar zu Vasallen. Zwar profitierten nicht wenige dieser Staaten von den napoleonischen Reformen, sein imperialistischer Krieg in Europa führte aber auch dazu, dass sich allmählich so etwas wie deutsches Nationalbewusstsein entwickelte. Die sogenannten Befreiungskriege trugen dann zum Ende von Napoleons Herrschaft über große Teile Europas bei.

Die Julirevolution von 1830 wie die Februarrevolution von 1848 stärkten auch in den deutschen Staaten das liberale geistige Klima, provozierten aber zugleich herbe Reaktionen der herrschenden Regime. Unter Louis Napoleon zunächst als Präsident und dann als selbsternanntem Kaiser verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen vornehmlich wegen der sich abzeichnenden Reichseinigung auf deutscher Seite; ein letzten Endes nichtiger Personalstreit um die spanische Thronfolge führte zu einem von Frankreich erklärten Krieg gegen Preußen, an dessen Ende 1871 Frankreichs Niederlage stand. Im Frieden von Frankfurt musste es Elsass-Lothringen an das neue Reich abtreten. Dies und die überflüssige Proklamation des neuen

deutschen Kaisers ausgerechnet im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles wurden in Frankreich als Demütigung empfunden, die die Beziehungen in den folgenden Jahrzehnten nachhaltig belasten sollte.

Während man in Frankreich an Revanche dachte, isolierte Bismarck durch eine gewagte Bündnispolitik Frankreich, um einen erneuten Krieg zu vermeiden. Die erratische Außenpolitik Wilhelms II. führte dazu, dass sich schließlich doch zwei Blöcke gegenüber standen: ein von Deutschland geführter Dreibund und eine Triple-Entente von Frankreich, Großbritannien und Russland. 1914 schließlich befanden sich Frankreich und das Deutsche Reich erneut in einem Krieg, diesmal mit Frankreich auf der Siegerseite. Und Frankreich bestand in den Verhandlungen der Siegermächte über den Versailler Vertrag – an denen das Deutsche Reich nicht beteiligt wurde - auf möglichst harten Auflagen, um den Feind jenseits des Rheins nachhaltig zu schwächen. Auf deutscher Seite wurden die harten Bedingungen nun ihrerseits als Schmach empfunden. Erst 1925 konnte Außenminister Stresemann mit seinem französischen Kollegen Briand in den Verträgen von Locarno eine gewisse Entspannung schaffen, sodass sich die Beziehungen auf politischem wie geistig-kulturellen Gebiet verbesserten.

Mit der Machtübernahme der Nazis 1933 und deren aggressiver Außenpolitik verschlechterten sie sich wieder. Zwar hatte Frankreich noch das Münchner Abkommen mitgetragen, erklärte Nazi-Deutschland aber nach dem Überfall auf Polen im September 1939 den Krieg, den Frankreich unerwartet schnell verlor. Nordfrankreich wurde besetzt, im Süden etablierte sich das Kollaborationsregime von Vichy, während General de Gaulle zum Widerstand gegen die Nazis aufrief und eine Exilregierung etablierte. Nach der Kapitulation Deutschlands 1945 schließlich war

Frankreich doch noch auf der Siegerseite und wurde vierte Besatzungsmacht mit Hauptquartier in Baden-Baden. Eine Aussöhnung war weiter entfernt denn je. Frankreich schien offenbar entschlossen, Deutschland auf Dauer kleinzuhalten. Studenten, Wissenschaftler und Kulturpolitiker in beiden Ländern wie Alfred Grosser, Joseph Rovon oder Carlo Schmid bemühten sich aber um eine Annäherung. Der beginnende Ost-West-Konflikt tat ein übriges, die Regierungen der französischen Vierten Republik und der Bundesrepublik davon zu überzeugen, dass sie sich gegenseitig brauchten und deshalb aufeinander zugehen mussten. Während der Versuch, die Bundesrepublik in eine von Frankreich dominierte Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) politisch wie militärisch einzubinden, am Votum der französischen Nationalversammlung 1954 endgültig scheiterte, waren Bemühungen um wirtschaftliche Kooperation erfolgreicher. Die Europaerklärung von Jean Monnet und Robert Schuman machte den Anfang und bereitete mit der ebenfalls 1950 entworfenen Montanunion die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG vor, der die Bundesrepublik 1957 als Gründungsmitglied angehörte. Bundeskanzler Adenauer trug dies mit, auch wenn die deutsche Politik dem ungleich größeren und einflussreicheren transatlantischen „Partner“ USA offener gegenüberstand als die meisten französischen Politiker, nicht zuletzt de Gaulle, der Ende der 50er Jahre erster Staatspräsident der V. Republik wurde.

Die deutsch-französischen Beziehungen verbesserten sich in den Regierungsjahren von Adenauer und de Gaulle stetig. Verschiedene Begegnungen der beiden, darunter eine berühmte im Jahre 1962 in Baden-Baden und de Gaulles charismatische Rede vor jungen Deutschen in Ludwigsburg – wohlgermerkt in deutscher Sprache – waren erste Höhepunkte und führten schließlich zum Abschluss des Elysée-Vertrags am 22. Januar 1963, der beide Länder u.a. zu einer Abstimmung ihrer Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik verpflichtete. Laut Matthias Krupa in der „Zeit“ wurde „ein politischer Mythos begründet: die Geschichte zweier verfeindeter Nachbarn, die sich aussöhnten, seitdem eine einzigartige Beziehung pflegen und die politische Einigung Europas gestalten. Der deutsch-französische Motor, die Achse, le couple.“

Doch schon bei der Ratifizierung des Vertrags im Deutschen Bundestag, geriet der Motor ins Stottern. Adenauers Versöhnungs- und Freundschaftspolitik erlitt einen Rückschlag, weil es in seiner eigenen Partei viele proatlantische Anhänger einer intensiven Partnerschaft mit den USA gab. Folge war ein Bundestagsbeschluss, der dem Vertrag eine Präambel vorstellte, die als Gegengewicht die Bindung an die USA unterstrich. So richtig gut kam das in Frankreich auch nicht an, hinderte schlussendlich aber beide Seiten nicht daran, den Vertrag nach Geist und Buchstaben konsequent umzusetzen: bis heute entstanden 2500 Städtepartnerschaften, das Deutsch-Französische Jugendwerk ermöglichte zahllosen jungen Menschen beider Seiten einen regen Austausch, die kulturelle Zusammenarbeit und gegenseitige Beeinflussung wurde nachhaltig gestärkt, uralte Vorurteile verschwanden weitgehend.

Adenauer und de Gaulle waren das erste einer Reihe von deutsch-französischen „Paaren“. Ihre jeweiligen Nachfolger jedoch waren zurückhaltender. Kurzzeitkanzler Erhard, der eher transatlantisch gepolt war, pflegte keine intensiven oder gar herzlichen Beziehungen zum französischen Präsidenten. Ähnliches gilt auch für Willy Brandt, der mit de Gaulles Nachfolger Georges Pompidou korrekte, aber nicht besonders intensive Beziehungen pflegte. Sein Nachfolger Helmut Schmidt fand in

Pompidous Nachfolger Valéry Giscard d'Estaing einen kongenialen Partner, mit dem er produktiv zusammenarbeitete. Sie brachten gemeinsam das Europäische Währungssystem – den Vorläufer des Euro – auf den Weg und organisierten die Direktwahl des Europäischen Parlaments.

Ihre unmittelbaren Nachfolger, obgleich gegensätzlichen politischen Lagern zugehörig, der Sozialist François Mitterrand und der Konservative Helmut Kohl, bildeten das wohl engste der deutsch-französischen Paare. Das Bild ihrer Verneigung Hand in Hand 1984 vor den Toten von Verdun gehört ähnlich wie Adenauers und de Gaulles gemeinsamer Besuch 1963 in der Kathedrale von Reims zu den Ikonen der deutsch-französischen Beziehungen. Neben einer maßgeblichen Intensivierung der Zusammenarbeit im sicherheits- und Verteidigungsbereich wie in der Wirtschafts- und

Finanzpolitik haben sie sich vor allem für eine stetig verbesserte europäische Integration eingesetzt und wesentliche Grundlagen für den Abschluss des Vertrags von Maastricht 1993 gelegt, mit dem die Europäische Union geschaffen wurde. Jacques Chirac und Gerhard Schröder intensivierten zwischen 1998 und 2005 vor allem die regelmäßigen Begegnungen auf allen Ebenen der beiden Regierungen und setzten die Einführung des Euro als allgemeines Zahlungsmittel praktisch um.

Auch Chiracs Nachfolger Nicolas Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel harmonisierten eine Zeitlang gut miteinander, obwohl sie trotz konservativer Herkunft eher unterschiedlich geprägt waren. Sie stimmten sich vor allem in der Eurokrise eng ab und dominierten als Führungs-Duo die EU-Beratungen und Entscheidungen, nicht immer zum vollen Vergnügen der anderen EU-Staaten. Im Verlaufe der Jahre verstärkten sich aber latente Dissense. Auch mit den beiden anderen französischen Staatspräsidenten, mit denen Merkel in ihrer langen Amtszeit zu tun hatte, entwickelte sich kein wirklich engeres Verhältnis. Im Falle Macrons durfte man zu Beginn seiner Amtszeit durchaus den Eindruck gewinnen, er wolle den engen Schulterschluss mit ihr. Tatsächlich unterzeichneten beide 2019 den Vertrag von Aachen, der den von 1963 ergänzte und Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, eine deutsch-französische parlamentarische Versammlung und einen Bürgerfonds zur Finanzierung grenzüberschreitender Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft vorsieht. Doch als Macron in seiner berühmt gewordenen Europarede an der Sorbonne Initiativen zur Reform und Stärkung der EU einforderte, reagierte Merkel zurückhaltend. Zwar griff ihr Nachfolger Scholz in einer Rede vor Studenten der Universität Prag, Aspekte auf, die Macron in seiner Rede angesprochen hatte, ging aber nicht wirklich auf ihn ein. Eine gewisse, wenn auch stets von beiden Seiten heftig dementierte Missstimmung kam in den bilateralen Beziehungen auf, ob es um Gaseinkäufe, Rüstungsprojekte, die Verteidigung der heimischen Industrie oder die Weltraumpolitik ging – immer seltener war man sich einig. Auch in seiner jüngsten Grundsatzrede am 9. Mai 2023 vor dem EU-Parlament plädierte er zwar für Reformen der EU, machte aber gleichzeitig deutlich, dass er nichts von einer Supermacht Europa halte. Es wäre sehr zu

wünschen, dass sich dieser Dissens zu Macrons strategischer Autonomie Europas in den kommenden Wochen bei den zahlreich geplanten bi- und multilateralen Treffen – darunter der erste Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in Deutschland seit 23 Jahren – in einer gemeinsamen Strategie auflösen möge.

Wenn man also die 60 Jahre deutsch-französischer Paare Revue passieren lässt, dann war offensichtlich nicht alles stets rosig, es gab auch zu den Hochzeiten der großen Paare Dissens und Streit. De Gaulles kategorische Ablehnung eines Beitritts Großbritanniens zur EWG gehört ebenso dazu wie der anfängliche Widerstand Mitterands gegen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nach dem Mauerfall oder eben die akuten Meinungsverschiedenheiten in EU-Fragen.

Dennoch: 60 Jahre nach dem Elysée-Vertrag können wir eine insgesamt positive Bilanz ziehen - ohnehin was die Beziehungen zwischen den Menschen auf beiden Seiten des Rheins anbelangt, aber auch hinsichtlich der politischen Beziehungen. Ohne sie gäbe es in der EU weder Schengen noch den Euro. Auch wenn Corona und der Ukrainekrieg unterschiedliche Befindlichkeiten in beiden Staaten sichtbar gemacht haben, gibt es keine wirkliche Alternative zur EU und schon gar nicht zu einer aktiven Rolle der beiden größten Mitgliedsstaaten. Vielleicht war es zu optimistisch, von einem gemeinsamen Motor zu sprechen; es geht wohl eher darum, die beiden Motoren so zu synchronisieren, dass sie in die gleiche Richtung ziehen. Wenn wir wollen, dass Europa angesichts der vor uns liegenden globalen Herausforderungen eine angemessene Rolle in der Welt spielt, dann bleibt aber eine enge Kooperation unserer beiden Länder unverzichtbar.

Dieser Text ist die leicht gekürzte Version eines Vortrags, der anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung von Werken des in Frankreich lebenden deutschen Malers Werner Reinisch im Alten Dampfbad in Baden-Baden gehalten wurde. Er diente auch als Grundlage für einen Kurzvortrag beim DFG-Stammtisch am 2. Juni 2023

Dr. Rainald Steck

Vizepräsident